

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amtliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich 6 mal. Bezugspreis für 1/2 Monat 45 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 1 Goldmark.
Verlagsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstraße 45
Fernsprecher 18

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengefuche und Familienanzeigen 50%, Nachlaß, die 3gespaltene Kleinzeile 45 Goldpfennig. — — —
Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 5

Montag, den 7. Januar 1924

18. Jahrgang

Die Weimarer Verfassung.

Bayerische Abänderungsvorschläge.

In Bayern fordert man bekanntlich schon seit geraumer Zeit eine wesentliche Aenderung der jetzigen Reichsverfassung, und zwar im Sinne des Bismarckschen Föderalismus. Die bayerische Regierung hat nun in einer Denkschrift an die Reichsregierung ihre diesbezüglichen Vorschläge niedergelegt, die in der Hauptsache folgendes bezwecken:

1.: Neubegrenzung der Zuständigkeit zwischen dem Reich und den Einzelstaaten mit dem Ziel, die staatliche Selbständigkeit der Einzelstaaten in ihrem früheren Umfange wieder herzustellen, 2.: Einräumung des Rechtes verstärkter Anteilnahme an der Willensbildung des Reiches den Einzelstaaten gegenüber. Das Kernproblem sieht die Denkschrift in der Hebung der verfassungsrechtlichen Stellung des Reichsrates zur Stellung des früheren Bundesrates.

Die Denkschrift stellt im einzelnen die wichtigsten Punkte zusammen, die auf dem Gebiete der Gesetzgebung, der inneren Verwaltung, des Verfassungswesens, der Justiz, des Finanzwesens, der Kulturpolitik, der Kulturpflege, des Militär- und Verkehrswesens, der auswärtigen Beziehungen, der Wirtschaft als abänderungsbedürftig erscheinen. Zum Schluß wird in der Denkschrift verlangt, daß auf die Bezeichnung „Länder“ zugrunde liegende Absicht, die Verfassung bis zur Reichsprovinz weiterzutreiben, verzichtet, und wieder zum vollständigen Bundesstaat der früheren Reichsverfassung zurückgekehrt wird.

Im einzelnen verzichtet die Denkschrift auf die letzte Formulierung und will lediglich Unterlagen für die kommenden Verhandlungen. In politischer Beziehung verlangt die Denkschrift, wie oben betont, daß die verfassungsrechtliche Stellung des Reichsrates umgestaltet werde, und daß der Reichsrat wieder die Stellung erlangt, die der Bundesrat gehabt hat, und zwar sowohl auf dem Gebiete der Verwaltung, wie der Führung der Reichsgeschäfte.

Auf dem Gebiete der inneren Verwaltung wird verlangt, daß die Ausführung der Reichsgesetze wieder grundsätzlich in die Hand der einzelnen Staaten gelegt wird, und daß den Ländern wieder die Verfassungsautonomie überlassen werde. Der Artikel 48 der Reichsverfassung soll auf Bayern keine Anwendung finden. Auf dem Gebiete der Justiz soll es verfassungsmäßig ausgeschlossen werden, daß durch Reichsamnestie in das Begnadigungsrecht der Einzelstaaten und durch Sondergerichte in die Justizhoheit der Länder eingegriffen wird. Die Finanzverwaltung der Einzelstaaten soll in früherem Umfang wiederhergestellt werden, und zwar nicht nur hinsichtlich der direkten, sondern auch hinsichtlich der indirekten Steuern und Zölle. Vor allem soll Bayern seine Biersteuern zurückhalten.

Auf militärischem Gebiete wird bayerischerseits anerkannt, daß eine Teilung der Militärhoheit bei einer Heere von 100000 Mann nicht mehr möglich ist. Es verlangt aber 1., daß der bayerische Landeskommandant nur auf Vorschlag der bayerischen Regierung ernannt, sondern auch nur mit ihrer Einwilligung abberufen werden kann; 2., daß eine vorübergehende Entsendung bayerischer Truppen nur mit Zustimmung der bayerischen Regierung stattfindet; 3., daß eine Befehung von Führer- und Beamtenstellen von einem bestimmten höheren Range nur im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung erfolgt und 4., daß die bayerischen Truppen außer auf die Reichsregierung auch auf die bayerische Regierung verpflichtet werden.

Auf dem Gebiete des Verkehrs soll eine vollständige Neuregelung der Rechtsverhältnisse für Bahn und Post eintreten, nachdem der Staatsvertrag von 1920 sich als unhaltbar erwiesen hat.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik soll den Einzelstaaten das Recht eines Vertragsabschlusses auch ohne Zustimmung des Reiches zustehen, doch soll dieses ein Einspruchsrecht für den Fall haben, daß ein solcher Vertragsabschluß den Reichsinteressen abträglich sein sollte. Auf wirtschaftlichem Gebiet soll zugestanden werden, daß das Reich einen Zugriff auf die Naturschätze und die wirtschaftlichen Unternehmungen der Einzelstaaten ausübt.

Die bayerische Denkschrift schließt mit der Forderung, daß an Stelle der Bezeichnung „Länder“ die Bezeichnung „Bundesstaaten“ wieder eingeführt werden soll.

Keine Inflationsgefahr!

Allmähliche Besserung der Reichseinnahmen.

Zu der nach Erscheinen der Rentenmark immer noch aufgeworfenen Frage, ob bei uns wieder eine Inflation getrieben werden kann, wird von Berliner zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt:

„Eine solche Inflation ist in Zukunft ausgeschlossen und ein Versuch, diese Bahnen je wieder zu betreten, wäre nach den Erfahrungen der Vergangenheit zur Ausschließlichkeit verurteilt. Der Verkehr selbst würde sich demgegenüber zu schützen wissen. Wenn das Reich je wieder in eine Zwangslage kommen sollte, so wird es andere Wege beschreiten müssen, als die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft durch Geldschöpfung. Zurzeit liegen aber die Verhältnisse nicht ungünstig, da die Reichseinnahmen in befriedigender Weise fließen. Wenn hier und da die Ausgaben von Anleihen seitens der Länder die Öffentlichkeit beunruhigt haben, so liegt zu einer solchen Beunruhigung keine Veranlassung vor. Eine Kontrollmöglichkeit der Anleihepolitik der Länder durch das Reich besteht zwar im allgemeinen nicht. Das Reich kann aber eingreifen, wenn die Anleihepolitik die Funktionen eines Zahlungsmittels annehmen, da dann, wenn die Genehmigung des Gesamtministeriums nicht eingeholt ist, ein Verstoß gegen das Gesetz über die Ausgabe und Einlösung von Notgeld vom 17. Juli 1922 vorliegt. Soweit solche Verstöße vorliegen sollten, wird unverzüglich eingegriffen werden.“

Warnung Richard Calwers.

Wie der „Deutsche Handelsdienst“ erfährt, hat der Chef der Heeresleitung dem bekannten sozialdemokratischen Wirtschaftspolitiker und Statistiker Richard Calwer in Berlin-Wilmersdorf eine Warnung zugehen lassen, weil er in seinen wirtschaftlichen Tagesberichten vom 24. Dezember 1923 einen Aufsatz „Wohin die Reise geht“ veröffentlicht hat, in dem er der Reichsregierung vorgeworfen habe, die neue Inflation sei von Dummheit oder Unvorsichtigkeit getragen. Derartige Artikel seien geeignet, daß Vertrauen zu den Maßnahmen der Reichsregierung zu untergraben und Unruhen im Volke hervorzurufen. Der Chef der Heeresleitung teilt Herrn Calwer mit, daß er im Wiederholungsfalle genötigt sein werde, mit den Mitteln des Ausnahmezustandes vorzugehen.

Ob der Chef der Heeresleitung politisch richtig handelt, wenn er angesehene Wirtschaftspolitiker, zu denen Calwer zu rechnen ist, in ihrer Tätigkeit stört, soll hier nicht entschieden werden. Aber daß die Gefahr einer neuen Inflation leider besteht, ist nicht zu verkennen, und es ist durchaus notwendig, daß rechtzeitig auf sie aufmerksam gemacht wird. So lesen wir in B. Freitagabend im Börsenbericht eines bekannten Berliner Börsenblattes:

„Sehr zufluten kommt den markfeindlichen Tendenzen die Verschärfung der innerpolitischen Situation durch die produktions- und währungsgefährdende Haltung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die aus den unsichtbaren Quellen, die die destruktiven Tendenzen in Deutschland nähren, saniert zu sein scheinen. Jedenfalls stehen wir vor neuen Kämpfen, deren Ausgang und Rückwirkung auf die Währungsstabilität noch gar nicht abzusehen ist.“

Die außenpolitischen Sorgen Englands

London, 4. Januar. „Times“ zufolge erwarten die Führer der Arbeiterpartei, daß die Regierung Baldwins am 17. Januar infolge eines Abänderungsantrages der Arbeiterpartei zur Antwortadresse gestürzt und daß Ramsay MacDonald aufgefördert werden wird, eine Regierung zu bilden. MacDonald werde diese Verantwortung sofort übernehmen und auch infolge seiner Vorbereitungen in der Lage sein, jeden Posten im Kabinett innerhalb 24 Stunden nach dem Sturz der Regierung Baldwins zu besetzen.

Die „Times“ schreiben unter dem Hinweis auf die Möglichkeit einer solchen Arbeiterregierung und auf die Möglichkeit deutsch-französischer Abkommen, England könne es sich nicht leisten, in Europa abseits zu stehen oder zuzusehen, daß seine Rechte und Interessen in allen neuen Kombinationen unberücksichtigt gelassen würden. Die erste Aufgabe jeder britischen Regierung sei es, das britische Prestige in Europa wiederherzustellen und ihr äußerstes zu tun, die sehr ernsten Gefahren abzuwenden, die in England treibe. Das gestunene Prestige der englischen Außenpolitik müsse wieder hergestellt werden. Deutschland sei im Begriffe, sich ohne Mitwirkung Englands mit Frankreich zu verständigen. Es sei Frankreich gelungen, die Tschecho-Slowakei in sein politisches System einzugliedern. Alles dies lasse darauf schließen, daß man von französischer Seite eine rücksichtslose nationalistische Politik zu verfolgen gedenke. Das Blatt deutet an, daß die Herstellung des europäischen Gleichgewichts gegen Frankreich unter englischer Führung im Grunde nur das eine Ziel verfolge, eine neue Verständigung mit Frankreich anzubahnen.

Eine vielsagende Ablehnung.

Die englische Zeitung „Stampa“ berichtet aus diplomatischer Quelle, daß die Tschecho-Slowakei im Kriegsfall das Lausitzer Gebiet betreten werde, und daß die Tschecho-Slowakei

auch Zugagen bezüglich eines Korridors durch das Burgenland zur Verbindung mit Jugoslawien erhalten hätte. In tschechoslowakischen Regierungskreisen wird es abgelehnt, diese Information zu dementieren.

Deutsches Reich

Reichstagswahlen im Mai? Der Demokratische Zeitungsdienst will wissen, daß die Reichstagswahlen im Mai stattfinden. Immerhin sei es auch möglich, daß eine vorzeitige Auflösung erfolge und daß die Neuwahlen dann sehr rasch anberaumt werden, da durch die Wahlgesetznovelle die Fristen wesentlich verkürzt sind.

Die Regierungsbildung in Sachsen. In der letzten Sitzung des sächsischen Landtages wurde der sozialdemokratische bisherige Finanzminister Held mit 552 von 79 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Der neue Ministerpräsident brachte zum Ausdruck, daß er sich bemüht sei, einen wie schweren Gang er gehe. Im Interesse des gesamten sächsischen Volkes aber tue er es im Interesse der Allgemeinheit. Es sei unbedingt notwendig, daß er von allen unterstützt werde. Die Not aller Volkskreise, nicht nur der Arbeiterklasse und des Mittelstandes, sei außerordentlich groß, und Hilfe könne nur erhofft werden, wenn die Wirtschaft wieder aufgerichtet werden könne. Das könne nur geschehen, wenn die Wirtschaft ihre ganze Arbeit in den Dienst der großen Volksgemeinschaft stellen wird.

10-Stunden-Arbeitszeit in der ober-sächsischen Eisenindustrie. Nach einer Meldung aus Breslau ist in der ober-sächsischen Eisenindustrie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Abkommen getroffen worden, wonach die Arbeitszeit allgemein auf 10 Stunden festgesetzt wird. Im Bergbau ist auch hinsichtlich der Ubertag-Arbeitszeit ein Ueberarbeitsabkommen geschlossen worden, nachdem die Arbeitgeber sich verpflichtet hatten, die Löhne gemäß dem Schiedssprüche zu zahlen.

Deutschland und die Türkei. Nachdem die türkische Regierung mit verschiedenen am Lausanner Vertrag nicht beteiligten Mächten Verhandlungen über den Abschluß eines Freundschaftsvertrages ausgenommen hat, ist zwischen der Regierung von Angora und der deutschen Regierung ebenfalls eine vorläufige Fühlungnahme erfolgt. Es ist anzunehmen, daß mit der Führung der Hauptverhandlungen einer der deutschen Vertreter auf dem Balkan betraut wird.

Zu den Wahlen in Bayern. Da in Bayern, in kurzer Zeit mit Landtagswahlen zu rechnen ist, gab der Minister des Innern Dr. Schmeier im Landtag Erklärungen über die Maßregeln der Regierung zur Sicherung der Wahlfreiheit ab. Danach soll zwar der Ausnahmezustand nicht aufgehoben werden, weil das einen starken Wahlterror bedeuten, aber es sollen Maßnahmen und Erleichterungen für die Wahlvorbereitungen eintreten. Es soll gleiches Recht für alle geschaffen und in diesem Rahmen ein geordneter Wahlkampf geführt werden. Die meisten Parteien, einschließlich der Deutschnationalen, erklärten sich von diesen Zusicherungen unbeeindruckt.

Strafverfahren gegen die Großdeutsche Arbeiterpartei. Gegen die Begründer der Großdeutschen Arbeiterpartei, die bekanntlich von Seevering verboten wurde, den gegenwärtig im Wäldchen wohnenden Oberleutnant a. D. Koppach und den deutschvölkischen Führer Jährenhorst ist jetzt das Hauptverfahren wegen Begründung einer verbotenen Vereinigung eröffnet worden. Koppach und Jährenhorst wollten vor etwa Jahresfrist die zuerst in Bayern begründete Nationalsozialistische Arbeiterpartei auch nach Norddeutschland verpflanzen. An dem Tage an dem die Gründungsversammlung in Berlin abgehalten werden sollte, erschien jedoch ein Verbot Severings, das die Gründung untersagte, und daraufhin wurde von Koppach und Jährenhorst die Großdeutsche Arbeiterpartei ins Leben gerufen. Auf Veranlassung des Ministers wurde gegen beide Strafanzeige gestellt, und die Staatsanwaltschaft Berlin hat das Hauptverfahren jetzt eröffnet, weil ihrer Ansicht nach die Großdeutsche Arbeiterpartei nur die Fortsetzung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei unter einem Decknamen gewesen ist. Jährenhorst vertritt zu seiner Verteidigung die Ansicht, daß er sich nicht strafbar gemacht habe, da die Nationalsozialistische Arbeiterpartei in Preußen schon vor ihrer offiziellen Begründung verboten gewesen sei, und daß die Großdeutsche Arbeiterpartei infolgedessen nicht die Fortsetzung einer verbotenen Organisation sein könne.

Berliner Banken wegen Wuchers angezeigt. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat sich die Staatsanwaltschaft gezwungen gesehen, gegen etwa sechzig Banken und Bankiers ein Verfahren wegen zu hoher Zinsberechnung und unvernünftiger Banfzinsenberechnung einzuleiten. Darunter befinden sich Banken bei denen ohne weiteres Wucher in Frage kommt.

Bermischtes.

Die vereisten Häfen. Infolge des ankaltenden Frostes wird der Schiffsverkehr nach den deutschen Häfen immer schwieriger. Von Pillau ab sind die Häfen stark vereist, die Schiffe sehr erschwert, im stürzischen Gass stellenweise hoch zusammengehobenes Treibeis. Der Danziger Hafen weist starkes Treibeis auf; er ist für Segelschiffe geschlossen. Auf der pommerischen Bucht in Sichtweite Eisbarriere. Die Travemünder Bucht beginnt zuzufrieren; Verkehr ist nur für starke Auslandsdampfer möglich. Im Kieler Hafen steht das Eis; im Kaiser-Wilhelm-Kanal bis Brunsbüttel Modereis; die Fahrt ist nur für Dampfer und nur mit Eisbrechern möglich. Weiter nördlich sind im kleinen und Großen Belt herrscht starkes Treibeis. Die Gebiete der nordfriesischen Bäder-Inseln und der Halligen sind stark vereist; der Verkehr nach der Küste ist noch mit Eisbrechern möglich. Von Cuxhaven aus weit sichtbares Eisgebiet; ähnliche Eisverhältnisse an der weiteren Küste und im Nordseegebiet. Das Ostseegebiet bei Hamburg-Altona und das Wesergebiet bei Bremerhaven sind von starkem Schiffs-Eis bedeckt. Das Treibeis beginnt Küsten und Häfen immer mehr zu blockieren. Der Schiffsverkehr von Schweden und Dänemark steht vor der Einstellung, nachdem noch am letzten Dezember-sonntag dänische Biehampfer mit schwerer Fracht den Lübecker Hafen haben erreichen können.

Die Hilfsaktion des Generals Allen. Die von dem amerikanischen General Allen eingeleitete Nahrungsmittelhilfe wird bereits in Angriff genommen. Ein amerikanischer Quaker namens Brown ist bereits in Berlin eingetroffen. Er überbringt auch die ersten Lebensmittel. Ungefähr 3100 Tonnen Mehl, Reis, Fett, Kaffee und Zucker sowie 35 000 Milchkühe zu je 48 Büchsen sind zum Teil auf dem Wege, zum Teil lagern sie bereits in Hamburg. Das Komitee des Generals Allen hat die Quaker als Treuhänder für das gesammelte Geld bestimmt. Es sollen bei der ersten Sammlung zehn Millionen Dollar zusammengebracht werden, und man hofft, in der nächsten Zeit aus dem Erlös der ersten Sammlung die Zahl der zu speisenden Kinder in Deutschland von 500 000 auf eine Million erhöhen zu können.

Ueberzählige Beamte als Siedler. Das Heimstättenamt der deutschen Beamenschaft veröffentlicht einen Vorschlag, wonach der unter den Beamtenabbau fallenden Beamten auf Grund eines sich an die Zielungsgefehrgebung anlehnenden Gesetzes der Erwerb eines Grundstücks durch Kapitalisierung des Ruhegehalts erleichtert werden soll. Die Preussische Landes-Pfandbriefanstalt wäre zu gewissen Zugeständnissen hinsichtlich Darlehenshergabe bereit.

Die schlesische Schneekatastrophe. In der Reichenbacher Gegend wüthet sich der unaufhörlich dauernde Schneefall zu katastrophalen Wirkungen aus. Ueberall ist der Verkehr lahmgelegt, liegen Jüge fest und können Kohlen und wichtige Frachten für den Industriebedarf nicht geliefert werden. Die in dem Gullengebirge gelegene Stadt Silberberg ist vollkommen abgeschnitten. Dort sind die Straßen stellenweise mehrere Meter hoch mit Schnee zugeweht. Ebenso katastrophal ist es in den ländlichen Ortschaften, wo viele Straßen derartig verweht sind, daß kaum noch die Spitzen der Bäume aus dem Schnee heraussehen. An einzelnen Besitzungen reichen die Schneeberge bis an die Dächer, so daß die Bewohner durch die Fenster der oberen Etage oder Dachluken steigen müssen. Das Bild kommt total erschöpft bis in die Gehöfte und läßt sich greifen. Auf von Hauptstraßen wird fieberhaft an der Freilegung gearbeitet.

Banditenüberfall auf eine Margarinefabrik. An einem der letzten Abende wurde die bei Spandau gelegene Margarinefabrik Iffsenstadt von einer maskierten Bande überfallen. Als die Kautschur gerade ihre Einnahmen abgeliefert hatten und die Kassierer damit beschäftigt waren, das Geld zu bündeln, erschienen plötzlich 50 Banditen, die sogar mit Handgranaten bewaffnet waren, und besetzten die Türen und Telephone. Alle Personen wurden an die Wand gestellt. Die Banditen erklärten, daß sie im Auftrag der Revolution gekommen seien und den Befehl hätten, alle Räume nach wertbeständigen Gegenständen zu durchsuchen. Der Anführer der Bande erklärte auf

„Ehrenwort“, daß den Personen nichts geschehen würde, wenn sie sich ruhig verhielten. Andere Mitglieder der Bande durchsuchten indessen den Kassenraum und nahmen die dort befindlichen Geldscheine mit. Alles wurde in Rucksäcke verpackt. Die Diebe schlossen dann die Tür ab, sammelten mit einem Pfiff die Banditen aus den anderen Räumen und verschwand aus dem Haupttor in die Dunkelheit der Nacht. Einem Angefallenen war es aber doch gelungen, die Spandauer Polizei anzurufen, die ein Ueberfallkommando nach der Fabrik entsandte. Trotzdem dieses Kommando nur wenige Minuten nach dem Fortgang der Verbrechen gekommen war, hatte die sofort aufgenommene Verfolgung der Räuber bisher keinen Erfolg. — Der Bande fielen 10 000 Goldmark in die Hände.

Ein Browning-Gewehr für die englische Infanterie. Das englische Kriegsministerium hat beschlossen, das bisher im englischen Heere geführte Lewisgewehr abzuschaffen und dafür ein neues automatisches Gewehr System „Browning“ für die Infanterie einzuführen. Das Gewehr feuert 10 Schuß in 2 1/2 Sekunden ab und kann in 2 Sekunden durch einen einfachen Handgriff geladen werden. Jeder Schuß kann natürlich auch einzeln abgefeuert werden. Das Gewehr hat sich bei Schießproben auf in der Fahrt befindliche Automobile und Flugzeuge als vollkommen treffsicher und weitreichend erwiesen.

Das Wrack der „Dignitiden“ 50 Meter unter dem Meere gefunden? Nach einer Havas-Meldung aus Marseille verlautet, daß ein Funkspruch aufgefangen sei, wonach die Nachforschungen mittels eines Beobachtungsballoons das Wrack der „Dignitiden“ in einem Kreise von einer Meile Durchmesser vermuten ließen, dessen Mittelpunkt drei Meilen südlich von San Marco liegt. Das Wrack wurde vermutlich 40 bis 50 Meter tief liegen. Der Grund wurde abgesehen. Ferner sollen nach einer Meldung aus Bizerta bei Annaberg 2 Leichen geborgen worden sein.

Auch in Luxemburg Erdbeben. Die in Pariser „Journal“ wird aus Luxemburg gemeldet, daß vorgefunden Nacht in verschiedenen Ortschaften des Luxemburger Landes eine Reihe von Erdbebenstößen registriert worden sind. In der Hauptstadt selbst haben zahlreiche Einwohner gegen 1 Uhr 50 Minuten ein heftiges Geräusch und starkes Rollen vernommen. Sachschaden wird nicht verzeichnet, doch war die allgemeine Aufregung sehr groß.

Eine russische Prinzessin als Zuhälterin. Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß die 30jährige russische Prinzessin Olga Koslowitsch auf dem Gut Krogstrup, wo sie seit Weihnachten zu Gast weilt, Schmuckstücken im Werte von 15 000 Kronen entwendete. Die Prinzessin wurde in das Gefängnis zu Helsingör übergeführt. Es ist festgestellt worden, daß während der letzten zwei Jahre, während deren sich die Prinzessin in Kopenhagen aufhielt und viel in diplomatischen Kreisen verkehrte, fortgesetzt Wertgegenstände aus dem Kreise ihrer Bekannten verschwand. Es wird jetzt untersucht, ob auch diese Diebstähle der Prinzessin zur Last fallen.

25 Personen bei einer Explosion getötet. Aus dem Staate Illinois in Nordamerika wird gemeldet, daß in der Nähe der Stadt Pekin eine Getreidemühle durch eine Staubexplosion in die Luft flog. Hierbei sollen 25 Personen getötet worden sein. Die Zahl der Verletzten beträgt mehrere hundert.

Furchtbarer Jahresabschluss. In Wietä in Ostpreußen sind in der Nacht die beiden Kinder des Arbeiters Zimmermann im Alter von 1 und 3 Jahren im Bett verbrannt. Die Mutter hatte den Kindern der starken Kälte wegen heiße Steine ins Bett gelegt und sich dann entfernt. Die Steine hatten durch ihre trockene Hitze das Bett in Flammen gesetzt.

Durch giftige Gase betäubt. Wie aus Berlin gemeldet wird brachen dort in einer Kartonsfabrik während der Arbeit zwanzig Frauen betäubt zusammen. Erst mit Hilfe von Sauerstoffapparaten konnten sie wieder ins Leben zurückgerufen werden. Anscheinend sind sie durch giftige Gase aus dem Ofen oder durch Gase, die einer Kautschuklösung, mit der sie arbeiteten, entströmten, betäubt worden.

Bei einem Autounfall getötet. Auf der Landstraße bei Ploew fuhr, wie aus Kiel gemeldet wird, das Auto eines Gutsbesitzers aus Oldenburg in ein die Straße kreuzendes Radel

Kameraden wiederzusehen.“

Er schüttelte Henning die Hand, und so trennten sie sich. Henning fuhr nach seiner Wohnung, die am Schiffbauerdamm, nicht weit vom Lessingtheater lag. Er befand sich in leichter Erregung; er freute sich des Wiedersehens mit Ella, deren liebliches Gesicht deutlicher denn je in seiner Erinnerung auftauchte. Ob sie seiner noch gedachte? In Paris und an der Riviera würde sie gewiß manche Bekanntschaft gemacht haben, die die Erinnerung an den Abend in Metz verwischt haben konnte. Flüchtling, wie ihre Bekanntschaft gewesen war, konnte er kaum Anspruch darauf erheben, zu ihren näheren Freunden gerechnet zu werden. Aber ihr freudig aufleuchtendes Auge, als er zum Abschied auf dem Bahnhof erschien, ihren freundschaftlichen Abschiedsgruß, als sie ihm den kleinen Weidenstrauch zuwarf, das hatte er noch nicht vergessen, und gab ihm die Hoffnung, daß er ihr auch jetzt wieder willkommen sein würde.

Nach warf er sich in Zivil und war froh, daß er sich für den Aufenthalt in Berlin einen neuen Zivilanzug, Cutaway, mit gestreiftem Beinkleid und seidener Weste, hatte „bauen“ lassen; in seinem Weiber-Räuber-Zivil hätte er sich im Lessingtheater nicht sehen lassen können. In Zivil sah er jünger aus als in Uniform. Der Wein des Majors hatte seine Wangen gerötet und seinen Augen einen erhöhten Glanz verliehen. Er befand sich in leicht erregter froher Stimmung. So machte er sich auf den Weg nach dem Theater, in dessen Vestibül der Major ihn erwartete.

Es wurde das Schauspiel „Sedda Gabler“ von Ibsen gegeben, das damals eine große Anziehungskraft auf das Publikum ausübte. Namentlich die Damenwelt interessierte sich für diese Gestalt der Ibsenschen Muse; der erste Rang und das Parkett füllte sich mit einer Menge eleganter Damen und Herren im Smolking oder sogar im Frack. Das Theater, frisch hergerichtet für die Winteraison in Weiß und Gold, machte einen festlichen Eindruck. Die Luft war geschwängert durch die mannigfachen Düfte des Parfüms, das die Toiletten der Damen aushauchte.

„Wir haben Glück“, sagte der Major, zwei Bilette hochhaltend. „Habe noch zwei Plätze in der Fremdenloge erhalten, in der Fräulein Mohrmann sitzt. Da können wir ungestört plaudern. Es ist Ihnen doch recht so?“

„Gewiß, Herr Major.“
„Na, dann Avant! Die Damen sind schon da.“
Sie stiegen die Treppe hinauf. Der Logendiener nahm ihnen die Ueberzieher ab und öffnete die Tür zu der Fremdenloge, die sich unmittelbar zur Seite der Bühne befand.

Wald hinein. Dabei kam der Wagen ins Schlingern und fuhr gegen einen Baum. Ein Mentor war sofort tot, ein zweiter Insasse erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Der Führer des Wagens kam mit leichten Verletzungen davon.

Stadt Ares Provinz.

Stille auf dem pommerischen Arbeitsmarkt. Die gewöhnlich um die Jahreswende einsetzende Stille auf dem Arbeitsmarkt verbunden mit dem Folgen der starken Frostes und Schneelagen haben zu einer Verschlechterung der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes geführt, die besonders im Baugewerbe, im Bergbau und bei den ungelerten Arbeitern zum Ausdruck kam. Die seit einigen Wochen bei einzelnen Industrien und Gewerben festgestellte Besserung hat zwar angehalten, war jedoch nicht stark genug, um die aus obigen Gründen erfolgte Steigerung der Gesamtzahl der Arbeitssuchenden (gegen die Vorwoche nachtswoche ein Mehr von 4000) auszugleichen.

Hilfswerk pommerischer Landfrauen. Der Vaterländische Frauenverein, Zweigverein Stolp-Land, sammelt zurzeit für das „Hilfswerk pommerischer Landfrauen“. Die Liebesgaben sendungen, die an die Kaiserin-Lager in Stolp, Stolpmünde, Poitzangen und Bahnhof Klein- gelangen, werden auf der Kreisbahn und Stolpetalbach frachtfrei befördert. Frachtbriefe werden auf Erfordern von dem Mitgliede des Vorstandes, Landrat Tombois, übersandt.

Ein nordischer Wintergast im Ostseebereich. Die kalten Wintertage haben einen nordischen Vogel, den Seidenschwanz, auch Winterdrossel, Pest- oder Sterbewogel genannt, der in ausgedehnten Nadel- und Birkenwäldern nördlich des Polarkreises heimisch ist, über die Ostsee getrieben. Der Vogel verläßt seine Heimat nur, wenn sehr starker Schneefall ihm jede Möglichkeit des Körner- und Beerenfuchens genommen hat. In Volksmunde gilt der Seidenschwanz als Unheilverkünder.

Neuordnung der Beiträge für die Invaliden- und Angestelltenversicherung. Für die Angestellten und Invalidenversicherung hat man im neuen Jahr 5 Klassen eingerichtet. Bei der Angestelltenversicherung werden folgende Beiträge erhoben: Klasse A, Monatsverdienst bis 50 Mark, Beitrag 1,50 Mark, Klasse B, Verdienst bis 100 Mark, 3 Mark Beitrag, Klasse C, bis 200 Mark Verdienst 6 Mark Beitrag, Klasse D bis 300 Mark Verdienst 9 Mark Beitrag, Klasse E über 300 Mark 12 Mark Beitrag. Bei der Invalidenversicherung ergeben sich nach der neuen Ordnung folgende Beiträge: Wochenverdienst bis 10 Mark 20 Pfg. Beitrag, bis 15 Mark 40 Pfg. Beitrag, bis 20 Mark 60 Pfg. Beitrag, bis 25 Mark 80 Pfg. und über 25 Mark wöchentlich 100 Pfg. Beitrag. Für zurückliegende Zeiten gelten die neuen Sätze ebenfalls.

Die Renten der Unfallversicherung. Wie verlautet, plant das Reichsarbeitsministerium eine Neuordnung des Rentenwesens in der Unfallversicherung. Die Renten sollen auf Rentenmark abgestellt werden und in der Regel auch in Rentenmark ausbezahlt werden. Die Umstellung soll in der Weise erfolgen, daß die in dem Gesetz über Zusatzrenten in der Unfallversicherung vom 12. Februar 1923 festgelegten Sätze mit der Nichtzahl 750 Millionen multipliziert werden. Einzelne Sätze sollen besonders festgelegt werden. Die Auszahlung der Renten soll halbmonatlich erfolgen. Bei 30 Prozent und darunter soll Kapitalbindung in Höhe einer Jahresrente erfolgen, doch soll auch bei 50 Prozent Kapitalbindung zugelassen sein. Die bisherige Unterscheidung einer Rente und Zusatzrente soll wegfallen.

Wichtig für Nordamerika-Auswanderer. Wie das amerikanische Konsulat in Stuttgart dem Deutschen Auslands-Institut mitteilt, fallen nunmehr auch in Deutschland geborene Ehegattinnen, Eltern und Geschwister amerikanischer Bürger unter die Quotenbestimmungen. Obgleich sie zu den bevorzugten Einwandererklassen gehören, fallen sie trotzdem unter die Quotenanzahl. Das bedeutet eine weitere Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen. Lediglich in Deutschland geborene Kinder amerikanischer Bürger, die weniger als 18 Jahre alt sind, sind von dieser Beschränkung ausgenommen.

Zwei Damen saßen vorn an der Brüstung der Loge, die durch einen Leuchter hell erleuchtet war.

Bei dem Eintritt der Herren wandte sich die jüngere Dame um, Henning pochte das Herz in raschen Schlägen. Er erkannte das reizende Gesicht Ellas; ihre tiefblauen leuchtenden Augen und ihr blondes Haar, das im Schein des elektrischen Lichtes wie flüssiges Silber erglänzte. Ein elegantes Kleid aus weißer Seide in matten Ebenbeintönen, mit Spitzen verziert, umhüllte die schlankte Gestalt. Ein Weidenstrauch verhielt halb den Halsauschnitt des Kleides. Eine Perlenkette schimmerte in ihrem blonden Haar; eine kostbare Pelzboa hing über die Lehne ihres Sessels.

Ein Lächeln glitt über ihr Antlitz, das ihm blasser als früher erschien. Sie reichte Bietendümel die Hand, die ein weißer Handschuh aus weichem schwedischem Leder bis über den Ellbogen hinaus bedeckte. „Ach, Herr Major“, sagte sie, „welche Ueberraschung, Sie hier zu sehen.“

Der Major beugte sich galant über ihre Hand. „Ich konnte es mir nicht verlagern, Gnädigste“, entgegnete er lächelnd, „Ihnen meinen alten Freund vorzustellen.“

Ihr Auge richtete sich auf Henning und plötzlich war ihr Antlitz in tiefe Glut getaucht. „Herr v. Winnefeld?“ rief sie überrascht, die Hand auf den unter der Erregung wogenden Busen pressend.

Henning trat näher. Auch er war tief bewegt. So überaus schön und entzückend lebte sie nicht in seiner Erinnerung. Wie ein elektrischer Schlag durchzuckte es sein Herz und eine süße Betäubung bemächtigte sich seiner Sinne.

„So erkennen Sie mich wieder, gnädiges Fräulein?“ fragte er stammelnd, überwältigt von seinen Gefühlen.

In ihren Augen schimmerte es feucht. Sie reichte ihm die Hand, die er tief bewegt an die Lippen zog.

Ihre Stimme zitterte leicht, als sie entgegnete: „Gewiß, Herr v. Winnefeld. . . so leicht vergesse ich einen Freund nicht. . . ich freue mich von ganzem Herzen, Sie wiederzusehen.“

„Ich danke es dem Herrn Major, daß es mir vergönnt ist, Sie wieder begrüßen zu dürfen, gnädiges Fräulein.“ Die Dame an Ellas Seite richtete die Lognette auf Henning und räusperte sich leise.

Ella wandte sich ihr zu. „Liebe Tante, darf ich dir Herrn Oberleutnant v. Winnefeld vorstellen?“ sagte sie. „Meine Tante, Frau v. Pogany.“
Henning verbeugte sich.

(Fortsetzung folgt.)

Opfer der Liebe.

Roman von O. Ester.

7. Fortsetzung

(Nachdruck verboten.)

Henning errötete leicht. Fener Abend im Hotel de l'Europe, der Abschied auf dem Bahnhof — das alles stand noch in lebhaften Farben in seiner Erinnerung. Und wenn auch die Zeit und die neuer. Verhältnisse, in denen er sich jetzt befand, ihren Einfluß nicht verfehlt und die Farben etwas verwischt hatten, so kehrte das Bild des anmutigen jungen Mädchens doch noch in einsamen stillen Stunden in sein Gedächtnis zurück, und er gedachte ihrer mit leiser Wehmut, wie man an einem schönen, flüchtigen Traum denkt, der einmal in leuchtenden Farben durch unsere Seele gezogen ist.

Er hatte seit jener Abschiedsstunde auf dem Mejer Bahnhof von Mohrmanns nichts weiter gehört. Jetzt traten sie wieder in sein Leben und frischer denn je wurden die Farben jenes Traumes.

„Ich glaubte“, sagte er und schaute träumerisch in sein Glas, „der Hofrat habe seinen Wohnsitz in Paris genommen, wohin ihn damals ja wichtige Geschäfte riefen.“

Der Major lachte kurz auf.
„Nun, in Paris blieben sie nicht lange. Dann gingen sie an die Riviera, nach Monaco, glaube ich — um mit Einbruch des Herbstes nach Berlin überzusiedeln. Na, Fräulein Ella wird Ihnen ja das alles erzählen können. Kommen Sie nur bald, hier ist die Adresse des Hofrats.“

Er reichte ihm eine Visitenkarte mit der Adresse des Hofrats.
„Da fällt mir ein“, fuhr er dann fort, „Fräulein Mohrmann wollte mit ihrer Tante das Lessingtheater besuchen. Wie war es wenn wir euch hingingen? Dann könnten Sie unaufrichtig die Bekanntschaft erneuern.“

Henning war einverstanden. Es war ihm so angenehmer, als gleich einen offiziellen Besuch zu machen. „Ich müßte mich aber umziehen“, sagte er. „Ich habe meinen Arbeitsplatz an“

„Arbeitsort ist gut“, lachte der Major. „Aber recht haben Sie. Werfen Sie sich in Zivil. Nach dem Theater hummeln wir noch ein Stündchen. Also auf nach Valencia! Ich nehme die Bilette und erwarte Sie am Vestibül der Kasse.“

Henning erhob sich und wollte zahlen.
„Nun, lassen Sie man“, wehrte der Major ab. „Das ist meine Sache. Es war mir eine große Freude, einen alten

Arzte und Krankenkassen. Am 1. Januar fanden im Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen mit Ärzten und Krankenkassen wegen der vertraglichen Regelung der ärztlichen Versorgung statt. Der Vorschlag der Ärzte, die gefühligsten Verträge ohne weiteres wiederherzustellen, wurde von den Krankenkassen abgelehnt. Darauf wies der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums auf die beiderseitige Pflicht aus dem mit Gehekräften abgeschlossenen Berliner Abkommen vom 23. 12. 1912 hin. Danach dauern auch bei Beendigung eines Vertrages die bisherigen Bedingungen solange fort, bis ein neuer Vertrag abgeschlossen ist. Die Vertreter der Ärzte traten dieser Auffassung im allgemeinen bei. Die Krankenkassen bestritten die Verpflichtung der Krankenkassen, die Ärzte unter den früheren Bedingungen wieder zuzulassen. Das Reichsarbeitsministerium wird seine Rechtsauffassung als allgemeine Richtlinie bei den Krankenkassen durch die Justizbehörde zur Geltung bringen.

Mühenwalde. Einem bedauerlichen Unglücksfall ist die 24jährige Anna Waffon von hier zum Opfer gefallen. Die Verunglückte hatte mittags ihre Stube geheizt u. ist infolge des einsetzenden Schneesturms anscheinend Kohlenoxydgas in das Zimmer gedrungen. Vorgekammert wurde das Mädchen in benutzlosem Zustande aufgefunden und sofort ins Krankenhaus übergeführt. Leider hatten die ärztlichen Bemühungen keinen Erfolg.

Palzin. Großer Einbruchdiebstahl. — Das Tuchgeschäft Drucker wurde nachts von Einbrechern heimgesucht; sie räumten sämtliche Anzüge, Anzüge- und Zoppenstoffe sowie Englische Leder mit Futterstücken aus. Die Diebe sind mit äußerster Freistigkeit vorgegangen, zumal im gleichen Hause zwei Polizeibeamte wohnen.

Pollnow. Verunglückt. — Der 28 Jahre alte Landwirt Johann Wilhelm Gast in Pöllnow hatte sich mit seinem Fuhrwerk in den Wald begeben, um Langholz abzufahren. Als er über die Zeit lange ausblieb, machten sich die besorgten Angehörigen auf, ihn zu suchen. Sie fanden ihn neben dem Fuhrwerk mit einer schweren Kopfverletzung bewußtlos am Boden liegend vor. Wenige Stunden später starb er, ohne das Bewußtsein noch einmal erlangt zu haben. Allem Anschein nach ist beim Ausladen eines Baumstammes dieser zurückgeglitten und hat dabei dem Verunglückten die schwere Kopfverletzung beigebracht. — Verhaftet und in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert wurde das Stubenmädchen A. und die Wirtschaftlerin des Ritzelegutes Sellin. Beide stehen in dem Verdacht, daß von der A. vorzeitig geborene, aber lebende Kind getötet und die kleine Leiche beiseite geschafft zu haben.

Labes. Aufnahme von Ruhestärkern. Der Landrat fordert die Kreisbewohner bereits jetzt auf, auch in diesem Sommer Pflege zur Aufnahme von Ruhestärkern recht zahlreich bereitzustellen und Aufnahmestellen anzumelden.

Letzte Meldungen

Vor neuen Separatistenputzchen.

Berlin, 6. Januar. Wie hier verlautet, ist mit der Möglichkeit eines Auflebens der separatistischen Bewegung, insbesondere in der Pfalz, zu rechnen. Auch die hiesigen ausländischen Stellen widmen diesen Vorgängen ihre ganze Aufmerksamkeit.

Festnahme von Geiseln durch die Separatisten.

Generalleutnant a. D. Leibrod aus Hasloch und der Sohn des Generalmajors von Gropper aus Ebesheim bei Landau wurden von den Separatisten als Geiseln für zwei im linksrheinischen Gebiet festgenommene Separatisten verhaftet und in das Separatistengefängnis im Regierungsgebäude zu Speyer eingeliefert.

Die ewige Militärkontrolle.

Paris, 6. Januar. Wie die hiesige Presse meldet, wird sich die Botschafterkonferenz wieder mit der Frage der Militärkontrolle in Deutschland beschäftigen. Die Note, die am 21. November an die deutsche Regierung gerichtet wurde, und die keine Androhung von Sanktionen enthielt, sei ein toter Buchstabe geblieben. Man müsse also die Debatte, die am 21. November vorläufig abgebrochen wurde, wieder aufnehmen und wenn möglich, zu einer praktischen Schlussfolgerung bringen. In den letzten Tagen habe ein Meinungsaustrausch zwischen dem Quai d'Orsay und dem Foreign Office stattgefunden und gestern Abend habe Marschall Foch sich mit diesem Problem beschäftigt.

Die Not des deutschen Volkes.

Washington, 5. Januar. Professor Emerson von der Columbia-Universität der zusammen mit Professor Patterson von der Universität Pennsylvania nach Deutschland entsandt wurde, um festzustellen, inwieweit tatsächlich Not herrsche, hat nach dem Studium der Berliner Krankenhäuser, Säuglingsheime, Kinderhorte, Waisenhäuser und Obdachlosen-Astle nach Amerika telegraphiert, daß er die Berichte über die Unterernährung durchaus bestätigt finde. Die Milchversorgung Berlins betrage nur noch ein Zehntel der früheren Menge. Ein Viertel der Berliner Bevölkerung sei auf Unterstützung angewiesen. Der Mangel an Nahrungsmitteln, Kohlen, und Licht und die Wohnungsnot in Verein mit der Schließung der Krankenhäuser und der geringen Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe hat starke Zunahme von Krankheiten zur Folge. Für die Kinderernährung fehlt es hauptsächlich an Milch, Butter und Lebertran.

Senkung der Fleischpreise in Bayern.

München, 5. Januar. In der Münchener Bevölkerung waren in der letzten Zeit lebhafteste Beschwerden über eine zu hohe Spanne zwischen den Preisen für Vieh und den Fleisch- und Wurstpreisen laut geworden. Der Generalstaatskommissar hat daher veranlaßt, die Vertreter der Landwirtschaft, des Viehhandels und des Fleischergewerbes zu einer Besprechung mit dem amtlichen Preisüberwachungsstellen einzuladen. Als Ergebnis wird mitgeteilt, daß mit einer erheblichen Senkung der Fleisch- und Wurstpreise zu rechnen sei.

Der riesige Frankenkurs.

Paris, 6. Januar. Ein Teil der Presse verurteilt, das bauende Fallen des Frankens, der auch am Freitag wieder mehrere Punkte eingebüßt hat, auf Manöver der internationalen Bankwelt, vor allem auch der deutschen Finanz, zurückzuführen. Diesem Gerücht tritt das Blatt der französischen Schwerindustrie „Journale Industrielle“, mit großer Entschiedenheit entgegen, indem es nachweist, daß die Spekulation gegen den Frankens unmöglich so große Erfolge hätte haben können, wenn die wirklichen Ursachen und Wahrheiten nicht tiefer lägen. Die französische Währung falle, weil die Banken der ganzen Welt

sich ihrer Frankenguthaben entäußerten. Das habe seine Ursache in dem erschütterten Vertrauen in die Solidität der Finanzgebarung der französischen Regierung. Die schwere Krise sei unvermeidlich, wenn nicht Regierung und Parlament den Mut besäßen, die unnützen Subventionen, unter deren Gewicht Frankreich zusammenzubrechende drohe, zu streichen und neue Steuern in beträchtlicher Höhe zu bewilligen.

Der Preisabbau in Berlin.

Berlin, 5. Januar. Wie die Abendblätter mitteilen, war heute in der Berliner Zentral-Markthalle ein weiteres Sinken der Lebensmittelpreise zu beobachten. Rindfleisch und Schweinefleisch kostete 1,00—1,20 Mark, auch Wurst stellte sich billiger. Butter war mit 2 Mark das Pfund angeboten.

Der Skandal in Thüringen.

Weimar, 5. Januar. Wie die „Weimarer Zeitung“ erzählt, ist durch Verfügung des Militärbehörden die vorläufige Amtsenthebung der Kreisdirektoren Krennet in Weimaringen und Hoerschelmann in Eisenach verfügt worden. Gegen die Genannten wird der Verdacht ausgesprochen, daß sie sich möglicherweise an den Urkundenfälschungen insofern beteiligt haben, als sie je ein Protokoll über die eidliche Verpflichtung eines Beamten aufgenommen haben, in dem das Datum falsch angegeben ist. Die Staatsanwaltschaft in Weimar soll sich die Ausdehnung der gerichtlichen Untersuchung gegen die Genannten vorbehalten haben.

Das thüringische Zentrum nicht mehr republikanisch.

Weimar, 5. Januar. Gelegentlich der interparteilichen Verhandlungen der nichtsozialistischen Parteien Thüringens hat sich herausgestellt, daß das thüringische Zentrum unter Führung des Syndikus Dr. Schomburg eine Schwankung nach rechts vorgenommen hat. Vertreter des Zentrums haben in einer Delegiertenversammlung Protest dagegen erhoben, als republikanische Partei angesehen zu werden.

Wirtschaftszahlen und Preise.

Lebenshaltungszindex	1147 Milliardenfach
Großhandelsindex	1224 Milliardenfach
Eisenbahn	Goldkurs
Kernbrot	10 Goldpfennig
Fernpostkarte	5 Goldpfennig
1 Dollar amtlich	4,2 Billionen
1 Goldmark	1 Billion
1 Goldpfennig	10 Milliarden
Dollar-Kaufkraft	4,2 Billionen
Geldanleihe	4,2 Billionen
Reichsbankdiskont	90 Prozent
Goldankaufpreis	640 Dollar pro Kilo
Silberankaufpreis	400 Milliardenfach

Handelsnachrichten.

Der Dollar am 7. 1. 4 200 000 000 000

(unverändert)

Goldmark am 7. 1. = 1 Billion.

Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	5. 1.	4. 12.
	(In Millionen Mark)	
	6.	8.
1 holländischer Gulden	1625925	1634075
1 argentinischer Peso	1886525	1893475
1 belgischer Franken	188528	189475
1 norwegische Krone	618450	621550
1 dänische Krone	758100	761900
1 schwedische Krone	1137750	1142850
1 italienische Lire	188528	189475
1 englisches Pfund	18254250	18345750
1 Dollar	4189500	4210500
1 französischer Frank	218465	214535
1 schweizerischer Frank	751118	754882
1 tschechische Krone	127680	128320
1 österreichische Krone	61,845	62,155

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelseten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen März. 170-173, Pomm. 166-169, Roggen März. 146-150 Pomm. 144-147 Westpr. 144-146, Sommergerste 169-174, Hafer März. 126-132, Westpr. 120-128, Mais waggonfrei Hamburg. — Weizenmehl 26-29,25, Roggenmehl 25-27,25, Weizenkleie 5,50, — Roggenkleie 8,10, Raps 285-295, Leinsaat 450-460, Distroerbsen 40-42, Kleine Speiserbs. 27-28, Futtererbsen 17 bis 18, Peluschen 14-15, Ackerbohnen 12-14, Widen 15-16 Lupinen blaue 14-16, gelbe 15-17, Serabella 17-18, Rapskuchen 12,50, — Weizenkuchen 25-26, Kartoffelflocken 17-17,50, Trockenkorn 8,20-8,40, Vollwertige Juterschnitzel 16-11, Torfmelasse Mischung 30-70 8,20-8,60.

Heu und Stroh. Großhandelspreise für 50 Kilo in Goldmark ab Station: Drahtgepresstes Roggen- und Weizenstroh 0,60-0,80, dr. Saferstroh 0,50-0,70, dr. Gerstenstroh 0,50-0,65, hinfabengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,40-0,50 Roggenlangstr. 0,46-0,50 Häckel 1,20-1,40, handelsübliches Heu 1,10-1,20, gutes Heu 1,30-1,50

Stettiner Getreidenotierung vom 5. Januar. Roggen inl. 145, unverändert; Weizen inl. 168, unverändert; Hafer 124, unverändert; alles für 1000 Kg. ab nahegelegenen Stationen. — Rapskuchen 7,10, Roggenkleie und Weizenkleie inl. Saft 4,20 per 50 Kg.

Berliner Butternotierung.

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufverband Norddeutscher Milchereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Gunsten des Käufers.

Berlin, 5. Januar 1924. 1. Qualität 1,80 Goldmark.

Tendenz: —

Kleinhandelspreise der pommerischen Molkereien (ausgenommen Groß-Stettin), mitgeteilt vom Pommerischen Milchwirtschaftlichen Landesverband Stettin. Für Vollmilch 19-21 Goldpfennige je Liter, für Butter eigener Erzeugung: 1,93-2,10 Goldmark je Pfund für eingelaufte Butter. Einkaufspreis zuzüglich Kleinhandelszuschlag.

Schlauer Ferkelmarkt. Aufgetrieben 231 Stück. 4-6 Wochen alte Ferkel 12-14 Billionen, 6-8 Wochen alte 15 bis 18 Billionen. Der Markt wurde nicht geräumt.

Berliner Schlachtviehmarkt.

Bericht vom 5. Januar 1924.

Amtlicher Bericht

Austrich: Rinder 1080 Stück, darunter 283 Bullen, 210 Ochsen, 498 Kühe und Färsen; Kälber 1200 Stück; Schafe 2165 Stück, Schweine 4017 Stück; Ziegen 12 Stück; — dänische Rinder, 473 Schweine aus dem Vemmelgebiet.

	Preise in Goldpf., für 1 Pfd Lebendgewicht
I. Rinder:	
A. Ochsen:	
a) vollfleischig, ausgem., (1. Stallmarkt) höchst. Schlachtw. ungef. 12 Weidem.	48-50
b) dto. dto. im Alter von 4-7 Jahren	42-46
c) junge, fleischige nicht ausgemäst. und ältere ausgemästete	35-40
d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere	25-30
B. Bullen:	
a) vollfleischige, ausgewächs. höchsten Schlachtwerts	48-50
b) vollfleischige jüngere	42-46
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	33-40
C. Färsen und Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemäst. Färsen höchsten Schlachtwerts	42-50
b) vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	42-50
c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen	25-33
d) mäßig genährte Kühe u. Färsen	28-32
e) gering genährte Kühe u. Färsen	23-25
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)	
	35-40
II. Kälber:	
a) Doppellender feinsten Mast	95-100
b) feinsten Mastkälber	80-90
c) mittlere Mast- u. beste Saugkälber	60-70
d) geringe Mast- u. gute Saugkälber	40-50
e) geringe Saugkälber	40-50
III. Schafe:	
A. Stallmastschafe:	
a) Mastlamm und jüngere Mastlamm	45-50
b) ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe	35-42
c) mäßig genährte Lamm u. Schafe (Wergschafe)	28-30
B. Weidewirtschaftschafe:	
a) Mastlamm	50-52
b) geringere Lamm und Schafe	—
IV. Schweine:	
a) Fettschweine über 3 Zentner Lebendgewicht	—
b) vollfleischige Schweine 240-300 Pfd. Lebendgewicht	78-80
c) vollfleischige Schweine 200-240 Pfd. Lebendgewicht	75-78
d) vollfleischige Schweine 160-200 Pfd. Lebendgewicht	73-75
e) vollfleischige Schweine 120-160 Pfd. Lebendgewicht	68-72
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht	—
g) Sauen	65-78
Ziegen	25-35

Marktverlauf: Bei Rindern glatt, bei Schafen fette Ware gesucht, sonst ruhig; bei Schweinen glatt.



Sorgt für die Erhaltung der städtischen Volkstüchle

durch Geldspenden bei den Banken und Kassen und durch Liebesgaben, die in der Volkstüchle wochentags von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags entgegen genommen werden.

Die städt. Volkstüchle
Reitbahn, Fernruf 1009.

Miller Porosch's
Kronach

Bekanntmachung.

Abschlusszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuer bis zum 10. 1. 1924.

I. Als Abschlusszahlung auf die Steuerschuld für das Kalenderjahr 1923 haben die Einkommensteuerpflichtigen, die erhöhte Vorauszahlungen nach dem Gesetze vom 9. Juli/11. August 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 556, 773) zu entrichten hatten, bis zum 10. Januar 1924 einen Betrag von 0,40 Goldmark für jede vollen tausend Mark der Jahressteuerschuld zu zahlen. Soweit der Feststellung des Einkommens ein Wirtschafts-(Geschäfts)Abschluss vor dem ersten Juli 1922 zu Grunde liegt, beträgt die Abschlusszahlung 1,60 Goldmark für jede vollen tausend Mark der Jahressteuerschuld. Als Jahressteuerschuld gilt die für das Kalenderjahr 1922 festgestellte Einkommensteuer nach Absetzung des im Jahre 1922 einbehaltenen Steuerabzugs.

Stehen die Zahlungen auf die Steuerschuld des Kalenderjahres 1923 (Vorauszahlungen, Steuerabzug vom Arbeitslohn, Abschlusszahlung) außer Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen, so kann das Finanzamt die Abschlusszahlung anderweit festsetzen. Bei Bemessung der Leistungsfähigkeit ist auch der Verbrauch (§ 11) zu berücksichtigen.

Die nach Absatz 1, 2 zu leistenden Abschlusszahlungen und die Vorauszahlungen, die nach den bisherigen Vorschriften im Kalenderjahr 1923 zu entrichten waren, sowie der im Kalenderjahr 1923 bewirkte Steuerabzug vom Arbeitslohn gelten, ohne dass eine besondere Veranlagung gemäß § 29 des Einkommensteuergesetzes erfolgt, als endgültige Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1923. Erstattungen der Vorauszahlungen und des Steuerabzugs vom Arbeitslohn finden nicht statt.

II. Die Erwerbsgesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, haben als Abschlusszahlung auf die Steuerschuld für das Geschäftsjahr 1923 bis zum 10. Januar 1924 einen Betrag von 0,60 Goldmark für jede vollen tausend Mark der Körperschaftsteuerschuld für das Geschäftsjahr 1922 zu entrichten. Diese Abschlusszahlung und die Vorauszahlungen, die nach den bisherigen Vorschriften für das Geschäftsjahr 1923 zu entrichten waren, gelten, ohne dass eine besondere Veranlagung erfolgt, als endgültige Körperschaftsteuer für das Geschäftsjahr 1923.

Die Erwerbsgesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr nicht übereinstimmt und die für das Geschäftsjahr 1922/23 noch nicht veranlagt sind, haben als Abschlusszahlung auf die Steuerschuld für das Geschäftsjahr 1922/23 bis zum 10. Januar 1924 einen Betrag von 0,60 Goldmark für jede vollen tausend Mark der Körperschaftsteuerschuld für das Geschäftsjahr 1921/22 zu entrichten. Diese Abschlusszahlung und die Zahlungen, die nach den bisherigen Vorschriften für das Geschäftsjahr 1922/23 zu entrichten waren, gelten, ohne dass eine besondere Veranlagung erfolgt, als endgültige Körperschaftsteuer für das Geschäftsjahr 1922/23.

Die Erwerbsgesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr nicht übereinstimmt, haben unbeschadet des Abs. 2 für jeden zum Geschäftsjahr 1923/24 gehörenden Monat des Kalenderjahres 1923 bis zum 10. Januar 1924 eine Zahlung von ein Drittel Goldmark für jede vollen tausend Mark der Körperschaftsteuerschuld für das Geschäftsjahr 1921/22 zu leisten; die für das Geschäftsjahr 1922/24 bereits entrichteten Vorauszahlungen sind hierauf mit ihrem Goldwert anzurechnen. Diese Zahlung und die entrichteten Vorauszahlungen gelten als endgültige Körperschaftsteuer für den mit dem 31. Dezember 1923 ablaufenden Teil des Geschäftsjahres 1923/24.

Stehen die Zahlungen auf die Steuerschuld für das Geschäftsjahr 1923 oder 1922/23 oder für den mit dem 31. Dezember 1923 ablaufenden Teil des Geschäftsjahres 1923/24 außer Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Erwerbsgesellschaft, so kann das Finanzamt die nach Absatz 1 bis 3 zu leistenden Zahlungen anderweit festsetzen.

Soweit Körperschaftsteuerpflichtige nach Absatz 1 bis 3 zu einer Zahlung auf die Steuerschuld für das Geschäfts- oder Wirtschaftsjahr 1923 oder 1922/23 oder für den mit dem 31. Dezember 1923 ablaufenden Teil des Geschäftsjahres 1923/24 nicht verpflichtet sind, haben sie eine Zahlung zu entrichten, die das Finanzamt nach der Leistungsfähigkeit festsetzt; diese Zahlung und die entrichteten Zahlungen gelten, ohne dass eine besondere Veranlagung erfolgt, als endgültige Körperschaftsteuer.

Erstattungen von Vorauszahlungen, Nachzahlungen und vorläufigen Zahlungen finden nicht statt.

III. Die abweichende Festsetzung der Zahlung durch das Finanzamt kann auch nach dem 10. Januar 1924 erfolgen.

IV. Wird eine der oben genannten Zahlungen nicht rechtzeitig entrichtet, so ist für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen halben Monat ein Zuschlag in Höhe von 5 v. H. des Rückstandes zu zahlen. Wird die Zahlung innerhalb der auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden Woche entrichtet, so wird ein Zuschlag nicht erhoben, außerdem kann zur Vermeidung des Andranges an der Kasse am 11 und 12 Januar die Abschlusszahlung noch zu dem Goldumrechnungssatz vom 10. Januar geleistet werden.

Stolz, den 7. Januar 1924.

Finanzamt

Die Neuwahl des Beamtenausschusses der Gemeindefunktionen der Stadt Stolz findet am

Donnerstag, den 10. Januar 1924

nachmittags 5 Uhr

im Stadtverordnetenversammlungssaale statt.

Hierzu werden alle aktiven Beamten der Stadt Stolz eingeladen.

Der Vorsitzende des Beamtenausschusses.

A. A.: Albrecht

Holzversteigerung.

Am Sonnabend, den 12. Januar, vorm. 10 Uhr, findet im Jugendheim zu Stolp der Verkauf folgender Kuchhölzer statt: Nichten: 26 rm Papierholz, Birken: 0,91 km, Ahorn: etwa 6 km, Kiefern: etwa 0,30 km, Eichen: etwa 1,80 km, Kastanien: etwa 4 km, Linden: etwa 4 km, Ulmen: etwa 1 1/4 km. Das Holz steht z. T. noch auf dem Stamm (Schloß- und Bismarckplatz) Stolp, den 3. Januar 1924.

Der Magistrat.

Betrifft Arbeitskräfte für die Abfuhr von Schnee.

Für die Abfuhr des Schnees sollen vom Arbeitsnachweis Erwerbslose vermittelt werden. Diesen ist zu ihrer Unterstützung ein Zuschlag von 50% zu zahlen. Den Erwerbslosen werden Bescheinigungen über die Höhe ihrer Unterstützung ausgestellt.

Diejenigen Hausbesitzer, die hiervon Gebrauch machen wollen, werden ersucht, sich an den Arbeitsnachweis zu wenden.

Der Arbeitsnachweis.
gez. Dr. Binde.



Zu beziehen durch die Drogenhandlungen und die Friseure.

Deutsche Raiffeisenbank A.-G.

Fernspr. 348 u. 349 Geschäftsstelle Stolp Neutorstrasse 22

Ausführung sämtlicher bankmässigen Geschäfte zu günstigen Bedingungen

Annahme von Rentenmarkspareinlagen unter Gewährleistung der Wertbeständigkeit auf Dollarbasis

Asthma-

leiden heilbar.

Behandlung durch
Spezialarzt im
Ambulatorium Stolp
jeden Donnerstag
vorm. von 9—1 Uhr
Hotel Reichsadler, Hentelplz.

Umenin
Zinn

Büdel, Pfeffer, Blüten verschwinden sehr schnell, wenn man abends den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Selb eintrudnen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zuckerkrem nachstreichen. Grobhartige Wirkung, von Kaulenden befalligt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften.

Leinsaat Serradella Tymothee

kauft und erbittet Angebote.
Eduard Franzenstein,
Wollweberstr. 17.

Maschinenöle und Fette

Marke „Nordöl“
Liefen zu Importpreisen
Edardt & Co., Stolp.
Hofentorstr. 20/21 Tel. 217

Privat-Klinik

für Chirurgie, Orthopädie
und Röntgenbehandlung.
Persönliche Behandlung
Sprechst. 9—11
3—4 wochentags.

Umzüge

von und nach allen Orten,
sowie in der Stadt führt
aus
Paul Schmidt, Bahn-
speiditeur
Fernruf 67 u. 68.

Gesichts- Jauschlag

Büdel, Pfeffer, Blüten verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Selb abends eintrudnen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zuckerkrem nachstreichen. Grobhartige Wirkung, von Kaulenden befalligt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

Inventur-Verkauf

beginnt heute, den 7. Januar
Beamten-Wirtschafts-Genossenschaft e. G. m. b. H.
Stolz i. Pom., Schulstraße 7.
Geschäftszeit: 9 bis 12 und 2 bis 6 Uhr.



Erdal! 1, 2, 3
Zaubert den Glanz herbei,
Macht alte Schuhe neu,
Ist billig dabei.

Erdal

Werner & Mertz A.-G. Mainz